

Ukraine: Politische Bilanz 2010

Für die Ukraine war 2010 ein Jahr signifikanter politischer Veränderungen. Nach der Wahl Wiktor Janukowytsch zum Präsidenten im Februar und der Aufstellung der Regierung unter Premierminister Mykola Asarow setzte die neue Administration innenpolitische Entwicklungen in Gang, die die demokratischen Errungenschaften im Land seit der Orangen Revolution des Jahres 2004 deutlich in Frage stellen. Gleichzeitig begannen Janukowytsch und Asarow vor allem aufgrund der existenziellen Abhängigkeit des ukrainischen Staatshaushalts von Krediten des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit ersten Reformschritten zur Erneuerung der überkommenen Renten- und Sozialsysteme sowie der Verwaltung. Mit einem weitreichenden Abkommen zur Verlängerung der Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim erreichten sie außerdem die erneute Senkung der Preise für die russischen Gaslieferungen und eine generelle Verbesserung der ukrainisch-russischen Beziehungen. Europäische Union und Ukraine setzten die Verhandlungen über das geplante Assoziierungsabkommen mit der vertieften und erweiterten Freihandelszone im Kern fort und vereinbarten einen Aktionsplan zur Abschaffung des Visaregimes. Für das Jahr 2011 sind in der Ukraine weiter erhebliche finanzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten sowie wachsende Spannungen mit der EU aufgrund der autoritären innenpolitischen Entwicklungen zu erwarten.

Janukowytsch stellte politische Handlungsfähigkeit wieder her

Im Februar 2010 gewann Wiktor Janukowytsch die ukrainischen Präsidentschaftswahlen in der Stichwahl knapp gegen Julija Tymoschenko. OSCE und andere internationale Beobachter schätzten den Verlauf der Wahlen als frei und fair ein. Janukowytsch konzentrierte sich nach seinem Amtsantritt zunächst auf die Herstellung der politischen Handlungsfähigkeit und konnte durch die Absetzung der Regierung Tymoschenkos und die Bildung einer Koalition aus Partei der Regionen, Kommunisten, Block Lytwyn und individuellen Abgeordneten mit einem verfassungsrechtlichen Trick die lang anhaltende Blockade der ukrainischen Politik auflösen. Das Verfassungsgericht legitimierte mit einem höchst fragwürdigen Urteil die nach Ansicht fast aller ukrainischen und internationalen Experten klar verfassungswidrige Koalitionsbildung und ließ sich damit schon frühzeitig vom neuen Präsidenten instrumentalisieren.

Konsolidierung des Staatshaushalts hatte Priorität

Janukowytsch nutzte die politische Handlungsfähigkeit zunächst zum eiligen Abschluss eines neuen Abkommens zur Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim, um im Gegenzug von der russischen Gasprom Rabatte auf die Gaspreise zu erhalten. Auf diese Weise gelang der neuen Administration in Teilen die Konsolidierung des höchst defizitären ukrainischen Staatshaushalts ohne Durchführung struktureller Reformen. Der IWF zeigte sich in der Folge bereit, das vor den Präsidentschaftswahlen ausgesetzte Notkreditprogramm fortzusetzen. Unter hohem Druck durch den IWF begann die ukrainische Regierung ab dem Sommer 2010 mit ersten Reformschritten, indem sie das Rentenalter heraufsetzte und die Gaspreise für die ukrainischen Endverbraucher schrittweise erhöhte. Die prekäre Lage des Staatshaushalts hält jedoch wei-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO

UKRAINE

NICO LANGE

6. Januar 2011

www.kas.de/ukraine

ter an und für die weitere Durchführung der IWF-Programme werden einschneidende Reformen nötig sein. Beobachter und Experten erwarten keinen schnellen wirtschaftlichen Aufschwung, so dass auch im Jahr 2011 mit einer sehr schlechten generellen Wirtschaftslage und weiterhin am Rande des Bankrotts befindlichen Staatsfinanzen zu rechnen sein wird. Die Rahmenbedingungen für ausländische Direktinvestitionen sind mit enormer Korruption, Behördenwillkür und Zentralisierung sowie insbesondere unter der neuen Administration wieder stärker um sich greifender Vetterwirtschaft weiterhin sehr schlecht.

Janukowytsch baute ein zunehmend autoritäres System mit starker „Machtvertikale“ auf

Über die Herstellung der politischen Handlungsfähigkeit hinaus begann Präsident Janukowytsch zügig nach seiner Wahl mit dem Aufbau der sogenannten „Machtvertikale“. Nach fast einem Jahr seiner Amtszeit bestehen kaum mehr Zweifel, dass unter Bemühen des Wahrens einer demokratischen Fassade systematisch ein autoritäres System aufgebaut wird.

Einschränkungen der Pressefreiheit und aktive politische Rolle des Geheimdienstes

Die Pressefreiheit in der Ukraine wird vor allem durch wirtschaftlichen Druck auf die Medienunternehmer effektiv eingeschränkt. Administration und Geheimdienst SBU erzeugten in der ukrainischen Medienlandschaft deliberativ ein Klima der Angst und der Selbstzensur. Die neue Rolle des SBU ist ohnehin eine der signifikantesten Veränderungen in den Rahmbedingungen. Angestellte des Geheimdienstes unternahmen seit Janukowytschs Amtsantritt mehrfach Einschüchterungsversuche, demonstrative Befragungen und Untersuchungen gegen Journalisten, Blogger, Historiker, Oppositionspolitiker, ukrainische und ausländische Nichtregierungsorganisationen sowie auch die deutschen politischen Stiftungen und ihre Partnerorganisationen.

Verfassungsgericht ebnet Weg für Rückkehr zum Präsidialsystem

Der ukrainische Präsident instrumentalisierte auch mit der Rückkehr zur Verfassung von 1996 das Verfassungsgericht zur Festigung seiner Machtposition. Mit dem Urteil des Verfassungsgerichts,

das erneut nach Auffassung aller Experten einschließlich der Venedig-Kommission des Europarates unverhältnismäßig und hochproblematisch ausfiel, verwandelten die ukrainischen Verfassungsrichter das politische System des Landes wieder in Präsidialsystem. Diese Entscheidung steht exemplarisch für die mangelnde Unabhängigkeit der gesamten ukrainischen Gerichtsbarkeit. Die neue Administration nutzt die mit einem Vetter von Präsident Janukowytsch besetzte Generalstaatsanwaltschaft und die beeinflussbare Richterschaft zudem intensiv, um mit selektiver Anwendung des Rechts die führenden Politiker der Opposition zu bekämpfen. Sowohl die ehemalige Ministerpräsidentin Tymoschenko als auch einige ihrer engen Vertrauten und Angehörige ihrer Regierung sehen sich seit Monaten juristischen Anschuldigungen ausgesetzt und wurden zum Teil bereits verhaftet. Die politischen Motive hinter diesen Verfahren sind deutlich erkennbar.

Kommunalwahlen waren nicht frei und fair

Mit den Kommunalwahlen, die nach Beurteilung der Wahlbeobachter „nicht frei“ und „nicht fair“ verliefen, baute Präsident Janukowytsch schließlich im Oktober die „Machtvertikale“ bis auf die Ebene der Gebiets-, Regional- und Stadtparlamente und der Bürgermeister aus. Das erste Mal seit der Orangen Revolution hielt die Ukraine damit wieder Wahlen ab, die nicht internationalen demokratischen Standards entsprachen.

Versuch einer autoritären Modernisierung

Im Ergebnis der beschriebenen innenpolitischen Prozesse kontrolliert eine kleine Gruppe von Oligarchen nunmehr in der Ukraine exklusiv den Zugang zur Macht und nutzt den ukrainischen Staat als Vehikel für ihre Geschäfte. Nur knapp ein Jahr nach dem Sieg Janukowytschs in einer demokratischen Wahl befindet sich die Ukraine nach fünf Jahren des Versuchs einer demokratischen Entwicklung nach europäischem Vorbild auf einem Kurs zu einer autoritären Modernisierung nach den Vorbildern Russlands, Chinas oder Belarus'. Das politische System gewann zwar nach Jahren der Blockade endlich Handlungsfähigkeit, ist aber zunehmend autoritär, hoch zentralisiert und zu tiefst korrupt.

6. Januar 2011

www.kas.de/ukraine

Keine Stabilisierung des Parteiensystems zu erwarten

Das Parteiensystem der Ukraine bleibt weiterhin sehr instabil. Die Partei der Regionen ist im Begriff, sich als „Partei der Macht“ zu etablieren und konnte ihre internen Konflikte bisher erfolgreich einhegen. Präsident Janukowytsch und seine Partei wenden enorme Ressourcen auf, um die knapp unterlegene Präsidentschaftskandidatin Julija Tymoschenko als Hauptgegnerin auszuschalten. Tymoschenko wird mit der Partei Batkiwtschyna dennoch weiterhin die stärkste Oppositionskraft bleiben. Die übrigen Reste des ehemals „orangen“ Lagers marginalisierten sich durch fortwährende interne Streitigkeiten selbst und werden künftig kaum noch eine signifikante Rolle spielen können. Neue Parteien um die Präsidentschaftskandidaten Serhij Tihipko und Arsenij Jazenjuk konnten ihre Positionen nach anfänglichen Achtungserfolgen nicht ausbauen. Die rechtsradikale Partei „Swoboda“ befindet sich im Westen des Landes aufgrund der einseitig nach Osten orientierten Politik der Partei der Regionen und der Schwächung von Tymoschenko im Aufwind. Mit den Kommunalwahlen erstarkten aber auch einige neue Parteien wie UDAR von Witalij Klitschko oder Ukraina Maibutnoho. Die kommenden Monate bieten weiterhin ein sehr großes Potenzial für den Positionsgewinn neuer Parteien. Die Verfassungsänderungen fördern Fragmentierung und Dynamik im Parteiensystem zusätzlich, so dass eine Stabilisierung in naher Zukunft nicht zu erwarten ist.

Verfassungsdiskussion muss fortgesetzt werden

Die überraschende Rückkehr zur Verfassung von 1996 stellte die seit Jahren schwelenden Diskussionen um das politische System der Ukraine vor vollkommen neue Tatsachen. Die Verfassungsgerichtsentscheidung stößt im Inland aber auch bei Europarat, EU und OSCE auf erhebliche Kritik. Alle internationalen Institutionen bestehen vor diesem Hintergrund auf einer Fortführung der Verfassungsdiskussion in einem ordentlichen parlamentarischen Verfahren unter Einbeziehung aller relevanten Akteure und der Empfehlungen der Venedig-Kommission.

Rückschritte in Bezug auf den Umgang mit der Geschichte

Auch in Bezug auf den Umgang mit der totalitären Geschichte vollzog die ukrainische Administration

unter Janukowytsch eine Wende. Nach einigen Anfängen der Aufarbeitung der Vergangenheit im Schatten der ukrainisch-nationalistischen Geschichtspolitik des ehemaligen Präsidenten Juschtschenko betreibt die neue Führung nunmehr aktiv die Restauration sowjetischer und pro-russischer Geschichtspolitik. Die Besetzung des Postens des Direktors des Instituts für Nationales Gedächtnis mit einem Vertreter der Kommunistischen Partei illustriert diese Tatsache nur allzu deutlich.

Einseitige Haltung des Präsidenten verschärft interkonfessionelle Konflikte

Eine vollkommen einseitige Position bezieht Präsident Janukowytsch auch im Hinblick auf die ukrainischen Konfessionen. In der multikonfessionellen und mit interreligiösen Spannungen belasteten Ukraine löste es große Besorgnis aus, dass Janukowytsch sich bei seiner Inauguration nur vom Vertreter des Moskauer Patriarchats segnen ließ. Nach einigen Jahren der vorsichtigen Annäherung zwischen der weitgehend autonomen Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats, des Kiewer Patriarchats und der griechisch-katholischen Kirche verschärft die ukrainische Führung damit die Konflikte erneut. Im ersten Jahr seines Amtes traf sich der ukrainische Präsident nicht ein einziges Mal mit den geistlichen Führern der anderen großen Konfessionen des Landes. Zuletzt brachen im Herbst das erste Mal seit Ende der neunziger Jahre wieder offene Streitigkeiten zwischen dem Moskauer und dem Kiewer Patriarchat um Kirchengebäude und Zugehörigkeit von Gemeinden aus.

Annäherung an die EU verzeichnet dennoch Fortschritte

Vor dem Hintergrund der dargestellten innenpolitischen Entwicklungen ist es beachtenswert, dass die Ukraine den Prozess der bilateralen Annäherung an die Europäische Union erfolgreich fortsetzen konnte. Auf der technischen Ebene der Zusammenarbeit erreichte die ukrainische Seite aufgrund der neuerlichen Handlungsfähigkeit sogar deutliche Fortschritte. Das Assoziierungsabkommen mit der vertieften und erweiterten Freihandelszone im Kern befindet sich im Endstadium der Verhandlungen, die nach Aussagen beider Seiten bis zum Sommer 2011 abgeschlossen sein könnten. Mit der Unterzeichnung des Aktionsplans zur Visumsfreiheit im November gelang der Ukraine ein auch für die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO
UKRAINE

NICO LANGE

6. Januar 2011

www.kas.de/ukraine

breite ukrainische Bevölkerung enorm wichtiger Schritt der Annäherung. Die multilateralen Initiativen der Östlichen Partnerschaft und der Schwarzmeersynergie entfalteten dem gegenüber nach anfänglicher Euphorie nur sehr wenig Dynamik.

Verbesserung des ukrainisch-russischen Verhältnisses

Nach dem Tiefpunkt in den Beziehungen zur Russischen Föderation im letzten Jahr der Amtszeit Juschtschenkos erreichte Janukowytsch im Präsidentenamt schnell eine deutliche Verbesserung des Verhältnisses. Mit dem Vertrag zur Verlängerung der Stationierung der Schwarzmeerflotte auf der Krim bis mindestens 2042 bindet sich die Ukraine strategisch langfristig an ihren großen Nachbarn. In der Folge bemüht sich Kiew jedoch zusehends darum, ein Gegengewicht zu den weitgehenden Forderungen der russischen Seite zu finden, um außenpolitisch eigenen Spielraum zu behalten. Dies könnte schon in naher Zukunft in Moskau für erneute Verstimmungen sorgen.

Kritischer Ausblick auf 2011

Der Ausblick auf das Jahr 2011 beinhaltet mehrere äußerst kritische Tendenzen. Die wirtschaftliche Situation wird weiterhin prekär bleiben, während die katastrophale Finanzlage und die IWF-Programme die Regierung zu weiteren Reformen zwingen werden. Durch die deutlich spürbaren Folgen wird die Unzufriedenheit der ukrainischen Bürger schnell wachsen und mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erneuten autoritären Reaktionen der Administration führen. Die klar undemokratischen Entwicklungen innerhalb des Landes werden die EU zunehmend vor eine Herausforderung stellen, vor allem wenn im Jahr 2011 das Assoziierungsabkommen unterschriftsreif vorliegen sollte. Der wenig aussichtsreiche Versuch einer „multivektoralen“ Politik bzw. einer asymmetrischen, gleichzeitigen Integration der Ukraine mit der EU und Russland birgt außerdem die große Gefahr einer Verschlechterung der Beziehungen des Landes sowohl mit Moskau als auch mit Brüssel in sich.